

**Freie Hansestadt Bremen  
Ortsamt Horn-Lehe**

**PROTOKOLL**

der öffentlichen Ausschusssitzung Soziales und Kultur

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
27.01.2015	18:00 Uhr	20:25 Uhr	Ortsamt Horn-Lehe

**TEILNEHMER:**

**ORTSAMT** : Inga Köstner, Vorsitz und Protokoll

**BEIRAT/AUSSCHÜSSE** : Dieter Mazur (Sprecher)  
Catharina Hanke (stellv. Sprecher)  
Dirk Eichner  
Borchert Haake  
Heike Menz  
Dirk Porthun  
Manfred Steglich  
Ulf-Brün Drechsel

**GÄSTE/REFERENTEN** : Frau Heredia (KiTa Bremen)  
Frau Dr. Rose (SKJF)  
Frau Andrae (KiTa Curiestraße)

**TAGESORDNUNG:**

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.05.2014
3. Fragen, Wünsche und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
4. Anmeldezahlen und Versorgungssituation im Stadtteil Horn-Lehe von:
  - U3- und Ü3-Plätzen, Hortplätzen
  - Stellungnahme bezüglich des für die Beiratssitzung am 12.02.2015 vorbereiteten interfraktionellen Antrags zur Ausweitung von Kita-Anmeldezeiten und der Berücksichtigung individueller Betreuungswünsche
5. Betreuungssituation im Kinder- und Familienzentrum Curiestraße
6. Informationen zur Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge in der Inobhutnahmestelle
  - Was passiert nach Einreise der Jugendlichen in Bremen (Klärung von Formalitäten und Sicherung der Grundbedürfnisse)?
  - Welche Aufgaben übernehmen der Amtsvormund, der Case-Manager und die Betreuer der Inobhutnahmestelle (tabellarisch, wer ist wann und durch wen anzusprechen?)
7. Unterbringung von 10 jungen Flüchtlingen in der Lilienthaler Heerstraße zur Abwendung von Obdachlosigkeit
8. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
9. Berichte des Amtes
10. Verschiedenes

**Zu TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche genehmigt. **(einstimmig)**

**Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 08.05.2014**

**Beschluss:** Die Beschlussfassung wird zurückgestellt, da das Protokoll noch nicht vorliegt. **(einstimmig)**

**Zu TOP 3: Fragen, Wünsche und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**Zu TOP 4: Anmeldezahlen und Versorgungssituation im Stadtteil Horn-Lehe**

Frau Heredia erklärt, dass in allen Einrichtungen alle Plätze belegt werden. Das präsentierte Zahlenmaterial sei zum heutigen Tag (Schluss der Anmeldefrist) aber nicht repräsentativ.

Einrichtung	U3-Angebot	U3-Nachfrage	Ü3-Angebot	Ü3-Nachfrage	Hort-Angebot	Hort-Nachfrage	Anmeldungen insgesamt
Berckstraße	30		40				138
Carl-Friedrich-Gaus-Str.	18	27	80	80			107
Vorstraße	18	35	80	80	20	24	139
Curiestraße	18	deutlich mehr		10 freie Plätze			

Herr Mazur berichtet vom Termin mit dem Innensenator am Nachmittag des gleichen Tages zum Thema „Überarbeitung des Brandschutzkonzepts für die Stadtgemeinde Bremen“. Im Ergebnis sei zum derzeitigen Zeitpunkt auszuschließen, dass die Innenbehörde einen Standort in der Berckstraße weiter prüfe.

Er spricht von einer dramatischen Entwicklung im Bereich der U3-Versorgung und möchte wissen, welche Möglichkeiten der Platzerweiterung Kita Bremen sehe oder, ob bereits erste Konzepte vorliegen.

Frau Heredia erklärt, dass der Bedarf deutlich über dem Angebot liege. Eine Möglichkeit der Ausweitung sehe sie ad hoc nicht. Kita Bremen könne sich mehr Anmietungen vorstellen, finde kurzfristig aber keine geeigneten Räumlichkeiten. Das Problem weite sich vor dem Hintergrund des bestehenden Rechtsanspruchs auf Betreuung weiter aus. Deshalb werde auch der Austausch mit anderen Trägern gesucht.

Frau Hanke verweist auf die Planungskonferenzen der letzten Jahre. Der U3-Bereich sei immer ausgebucht gewesen. Das zeige deutlich, dass Bedarf vorhanden ist. Hinzu komme, dass Horn-Lehe neben Borgfeld ein wachsender Stadtteil sei, der vor allem junge Familien mit Kindern anziehe.

Sie stellt den interfraktionellen Antrag zur Berücksichtigung individueller Betreuungswünsche bei der Kita-Anmeldung vor:

Der Beirat fordert:

- 1.) Die Kita-Anmeldefristen für Kinder von Studierenden und Flüchtlingen sollen über den Januar eines Jahres hinaus verlängert werden.
- 2.) Außerdem sollen zukünftig bei der Kita-Anwahl individuelle Betreuungswünsche Berücksichtigung finden und eine Loslösung vom Wohnortprinzip erfolgen, so dass eine Kinderbetreuung beispielsweise auch in Nähe des Arbeitsplatzes möglich ist.

Nachdem Frau Heredia erklärte, dass alle Anträge angenommen werden, ergänzt Frau Dr. Rose, dass es ein Wunsch- und Wahlrecht von Eltern gebe. Damit sei die Forderung aus Punkt 2 erfüllt. Sicherlich müsse man berücksichtigen, dass bei mehreren Bewerbern die Entscheidung häufig zugunsten des Wohnortes getroffen werde.

Der Antrag für die Sitzung des Beirates am 12.02.2015 wird auf Vorschlag der Vorsitzenden modifiziert und Punkt 2 des Antrages gestrichen.

Beschlussvorschlag: Der Beirat fordert:  
Die Kita-Anmeldefristen für Kinder von Studierenden und Flüchtlingen sollen über den Januar eines Jahres hinaus verlängert werden.

Der Ausschuss befürwortet den Antragsentwurf und bittet um Beschlussfassung in der nächsten Beiratssitzung (**einstimmig**).

Auf die Frage von Herrn Drechsel, in welchen Stadtteilen noch Kapazitäten für die U3-Betreuung zur Verfügung stehen, antwortet Frau Dr. Rose, dass 2014 auch Eltern an die Überseestadt verwiesen wurden.

Herr Mazur fasst als kurzfristige Problematik zusammen, dass die Zahlen jedes Jahr im Januar erschreckend seien, sich dann aber alles irgendwie zu Recht rücke. Er fragt, was Kita Bremen den Eltern mit Rechtsanspruch anbieten könne. Langfristig sei bereits bekannt, dass 2100 neue Kita-Plätze in Planung stehen. In diesem Zusammenhang möchte er wissen, ob Horn-Lehe von dieser Ausweitung profitiere.

Kita Bremen stehe in enger Verbindung zu den Einrichtungen, um Probleme zu lösen, betont Frau Heredia. Außerdem gibt es eine Planung bis zum Jahr 2020, die von Frau Dr. Rose konkretisiert wird. Sowohl der U3- als auch der Ü3-Bereich müssen ausgebaut werden. Die Konzeption des Senats sehe bis zum Jahr 2020 vor, in den Stadtteilen eine Versorgungsquote von 98 Prozent (Ü3) und 50 Prozent (U3) zu erreichen. Ihr sei auch bekannt, dass Horn-Lehe allein durch das Mühlenviertel einen wachsenden Bedarf bekomme. Insgesamt sollen 30 neue Einrichtungen bis 2020 zur Verfügung stehen. Es werde bereits zum jetzigen Zeitpunkt nach Investoren und Bremen eigenen Grundstücken gesucht. Möglicherweise entwickle man Standardbauten, um Planungszeiten zu verkürzen.

Genauere Zahlen werde es erst im März 2015 geben. Als Zukunftsthema nennt Frau Heredia den Wunsch der Eltern nach längeren Betreuungszeiten. Auch diesen Anforderungen muss Kita Bremen gerecht werden.

Der Ausschuss wird das Thema auf seiner Sitzung im März 2015 wieder aufrufen.

#### **Zu TOP 5: Betreuungssituation im Kinder- und Familienzentrum Curiestraße**

Die kommissarische Kita-Leiterin, Frau Andrae, berichtet aus dem bisherigen Kita-Jahr 2014/2015. Es sei ausreichend Personal vorhanden, nachdem man mit einem Plus gestartet sei. Etwa 50 Prozent der Beschäftigten sind neu, so dass Teamfindung und Teamentwicklung stattfinden müsse. Bislang gab es noch keinen Notdienst. Die Einrichtung führte einen Tag der offenen Tür durch, welcher auf positive Resonanz stieß. Umbaumaßnahmen seien geplant, erste Malerarbeiten wurden durchgeführt. Die Gruppen wurden mit Material ausgestattet und das neue Außenspielgerät aufgestellt.

Frau Hanke unterstreicht die Aussagen. Eltern seien froh, dass kein Notdienst mehr erforderlich war. Trotzdem erachte sie die Bewegungshalle für die Kinder als zu spartanisch. Darüber hinaus fehlen ein Differenzierungsraum und die Möglichkeit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Pausenraum ungestört verweilen zu können. Sie unterstreicht, dass

aufgrund der Entwicklung kein Antrag auf Schließung einer Gruppe seitens des Beirates mehr gestellt werde.

Frau Heredia wirft ein, dass die Zahlen eine Gruppenverringerung nicht hergäben. Die Kita wurde qualitativ verbessert. Die knappe Raumsituation sei bekannt.

Herr Mazur zeigt sich ebenfalls erfreut von der positiven Entwicklung und stellt als positives Vergleichsbeispiel die Kita Am Flintacker in Bremen-Nord vor.

Herr Drechsel bittet um Auskunft, wie mit Langzeiterkrankungen umgegangen wird, wenn der Springerpool bei Kita Bremen viel zu knapp bemessen ist und ob eine neue Leitung für das Haus gesucht werde, wenn Frau Andrae nur die kommissarische Leitung innehatte.

Frau Heredia trägt vor, dass die Kita 13 neue Mitarbeiter habe. Die ehemalige Leitung, Frau Timmermann, habe sich privat für einen anderen Weg entschieden. Längerfristig würde eine neue Leitung mittels Ausschreibungsverfahren gesucht.

Der Springerpool umfasse 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit ließen sich bereits einige Vakanzen auffangen.

Der Ausschuss nimmt vom Bericht Kenntnis.
---

#### **Zu TOP 6: Informationen zur Aufnahme minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge in der Inobhutnahmestelle**

Die Vorsitzende erklärt eingangs den Hintergrund des Tagesordnungspunktes. Im Dezember 2014 erhielt das Ortsamt ein Schreiben ehrenamtlicher Lehrerinnen und Lehrer der ION Berckstraße, aus dem eine Unzufriedenheit bezüglich der Beschulung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge hervorging. Grundsätzlich würde es zu lange dauern bis den Menschen ein Sprachkurs angeboten werde. Mit Hilfe der Behörde solle beleuchtet werden, was nach der Einreise der Jugendlichen formal passiere. Außerdem baten die Ausschussmitglieder um Spezifizierung der Aufgaben von Amtsvormund, Case-Manager und den Betreuern in der Inobhutnahmestelle.

Laut Frau Dr. Rose gibt es den idealen und den realen Ablauf nach Einreise der Jugendlichen. Idealerweise kommen die jungen Menschen in Bremen an und beantragen in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST) Asyl. Es erfolgt die Registrierung der Menschen (ab 14 Jahren mit Foto und Fingerabdruck) aufgrund von Ausweispapieren, Dokumenten oder einer Selbstauskunft. Die Unterbringung erfolgt in der Zentralen Aufnahmestelle für bis zu 3 Monate. Vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ergeht eine Einladung zum Interview und der Aufenthaltstitel wird bestimmt.

Ergeht aus der Selbstauskunft, dass die jungen Menschen minderjährig sind, wird dem Jugendamt eine Mitteilung gemacht und eine vorläufige Inobhutnahme verfügt, wenn sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten. Über das Gesundheitsamt in Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern erfolgt eine Alterseinschätzung. Danach wird ein Personenfeststellungsverfahren für minderjährige Asylbewerber durchgeführt und geklärt, ob die Jugendhilfe zuständig ist. Wenn ja, ergeht eine Mitteilung ans Amtsgericht. Wenn nein, erfolgt die Rückführung zur ZAST.

Das Amtsgericht ordnet eine Vormundschaft i.d.R. durch das Jugendamt an.

Es erfolgt die aktive Inobhutnahme (geeignete Unterbringung) oder ein Clearingverfahren. Dort werden Hintergründe und Umstände der Flucht geklärt und Kontakte zu Eltern und/oder Verwandten hergestellt. Die Clearingstelle erspart den jungen Menschen die Aufnahme in den großen und für Kinder nicht geeigneten problematischen Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende.

Mit Beginn des Clearingverfahrens entwickelt das Casemanagement eine Hilfeplanung und beauftragt einem Träger mit der Ausführung der Hilfeplanung.

In der Allgemeinen Berufsschule (ABS) Steffensweg werden die Jugendlichen beraten, wo die Beschulung am besten vorgenommen werden soll. Dazu zählen Förderkurse und weitergehende Schulen. Schulische Vorerfahrungen finden Berücksichtigung.

Realistischerweise gebe es Probleme hinsichtlich der Vorkurse, weshalb eine Bedarfsabfrage bei den Trägern stattgefunden hat. Einzelmodule sollen als Zwischenlösung dienen.

Ab Februar 2015 werden jeweils 2 neue Vorkurse Deutsch à 15 Personen eingerichtet. Bislang gebe es aber zu wenig Alphabetisierungsangebote. Hier müsse nachgesteuert werden. Ziel sei ein qualifizierter Hauptschulabschluss für die jungen Menschen.

Herr Porthun fasst die Diskussionen im Zusammenhang mit der ION Berckstraße aus dem letzten Jahr zusammen. Es habe keine erkennbare Tagesstruktur gegeben, Jugendliche seien nur vereinzelt zum Unterricht erschienen und feste Regeln wurden als Druck interpretiert.

Frau Uhrmacher teilt den derzeitigen Stand mit, wonach 40 junge Männer in der Einrichtung untergebracht seien. Vor Ort sind die Betreuer für die Betreuung der Jugendlichen zuständig. Dabei sei die Wahl der Jugendlichen sicherzustellen. Mit dem Amt für soziale Dienste gibt es einen Betreuungsvertrag, welcher die Versorgung, die jugendgerechte Umgebung etc. beinhalte. Die Ausstattung korrespondiere mit den finanziellen Mitteln. Eine „Laissez-faire-Haltung“ der Bewohner werde nicht geduldet. Der Tagesablauf sei gefüllt mit Terminen bei Ärzten und Arbeitgebern, dem Case-Manager, Vormund oder Mentoren. Es finden Polizeisprechstunden vor Ort statt. Herr Spöttel betont, dass sich die Situation durch Zu- und Abgänge von Jugendlichen immer wieder ändere. Die derzeitige Situation sei nicht mit 2014 zu vergleichen.

Frau Hanke hebt ebenfalls den permanenten Wechsel in der Einrichtung hervor. Sie möchte wissen, was in einem Jahr passiere und ob eine Beschulung in Horn-Lehe oder Borgfeld sichergestellt werden könne. Sie möchte Frust im Stadtteil vermeiden und bittet um entsprechende Abstimmungen zwischen den Ressorts Bildung und Soziales.

Frau Rose führt aus, dass ein Wechsel in einer Inobhutnahmestelle gewöhnlich sei. Sie wünsche sich, dass die Clearingphase nicht mehr als 3 Monate Zeit in Anspruch nehme. Im Jahr 2014 habe es aber 600 Zugänge gegeben. Insbesondere die Steigerungen in den letzten Monaten ab Oktober 2014 seien nicht zu kalkulieren gewesen. Insofern komme es realistisch eher zu längeren Phasen. Sie stellt heraus, dass die Problematik lediglich durch die Anzahl der asylsuchenden Menschen entstehe. Die Behörde arbeite mit Not- und Übergangslösungen. Es sei auszuschließen, dass fehlende Koordination zu längeren Phasen führe. Die vor Bremen liegenden Aufgaben seien anspruchsvoll. Es gibt Gespräche zwischen den Ressorts hinsichtlich Geld und der Akquise von Lehrpersonal. Das Amt für soziale Dienste habe ein Riesenproblem mit den Notmaßnahmen und sei streckenweise überfordert.

Hilfe des Beirates solle in Form von Unterstützung der Übergangseinrichtung erfolgen. Die Entwicklung sei positiv und sollte stabilisiert werden. Im Übrigen führten auch positiv in der Öffentlichkeit geführte Gespräche über die Einrichtung zu einer deutlich höheren Akzeptanz.

Herr Spöttel wünscht sich Unterstützung bei der Suche nach geeignetem Wohnraum. Er ruft ins Gedächtnis, dass die Einrichtung nach 23 Monaten geschlossen ist.

Der Ausschuss nimmt vom Bericht Kenntnis.

**Zu TOP 7: Unterbringung von 10 jungen Flüchtlingen in der Lilienthaler Heerstraße zur Abwendung von Obdachlosigkeit**

Im Zuge der Diskussion um die „mensenunwürdige Unterbringung“ von jugendlichen Flüchtlingen im Hotel Europa (Bremen-Hastedt) war das Amt für soziale Dienste zu einer schnellen Reaktion gezwungen. Zur Abwendung von Obdachlosigkeit hat es sich um eine Unterbringung der jungen Menschen in anderen Stadtteilen bemüht.

Das Ortsamt wurde am 23.01.2015 darüber in Kenntnis gesetzt, dass 10 männliche Jugendliche kurzfristig im derzeit leer stehenden Gebäude neben dem Hotel Deutsche Eiche in der Lilienthaler Heerstraße untergebracht werden. Es habe kleinere Umbaumaßnahmen gegeben, das Haus befinde sich in einem akzeptablen Zustand. Da es sich um eine akute Notsituation handelt, konnte der Beirat im Vorfeld der Maßnahme nicht beteiligt werden.

Frau Dr. Rose wird um weitergehende Erläuterung gebeten.

In ihren Ausführungen führt Frau Dr. Rose aus, dass das Hotel Europa bislang überwiegend von Obdachlosen genutzt wurde. In jüngster Vergangenheit seien unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) hinzugekommen. Dem Betreiber des Hotels sei die Konzession entzogen worden. Das Haus wurde zum 26.01.2015 von den umF geräumt. Bis zum 06.02.2015 müssen alle anderen Bewohner das Haus verlassen.

Die Behörde habe sich nach Möglichkeiten umgesehen, um die 14 Jugendlichen an anderen Orten unterzubringen. Der Standort in der Lilienthaler Heerstraße wurde geprüft, da ursprünglich Montagearbeiter im Haus untergebracht waren. Die Prüfung habe ergeben, dass das Gebäude eine Unterbringung von Flüchtlingen nicht hergebe und es sich zudem um die gleiche Betreibergesellschaft wie beim Hotel Union handelt.

Frau Hanke berichtet von der Standort- und Gebäudesuche für Flüchtlinge in den letzten Monaten. Erst hieß es in Bezug auf die Lilienthaler Heerstraße, dass im illegal errichteten Gebäude niemand untergebracht werden dürfe. Dann war der Besitzer nicht ausfindig zu machen und letztlich habe Staatsrat Frehe mitgeteilt, dass der Standort zu teuer wäre.

Frau Dr. Rose betont, dass das Stadtamt dem Betreiber den Betrieb wegen Unzuverlässigkeit voraussichtlich untersagen wird, so dass sich jegliche weitere Diskussion erübrige.

Herr Mazur trägt als Wunsch vor, zukünftig bei kurzfristigen Prüfungen das Ortsamt einzubeziehen. Er fragt nach weiteren Alternativen im Stadtteil, die derzeit von der Sozialbehörde geprüft würden und betont, dass die Unterbringung von Jugendlichen in Hotels oder ähnlichem mitunter ein lukratives Geschäft für Immobilienbesitzer zu Lasten des Steuerzahlers sei.

Der Ausschuss nimmt vom Bericht Kenntnis.
---

---

Inga Köstner

Vorsitz und Protokoll

Dieter Mazur

Ausschussprecher